

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Dresden.

I.
 Ein weiter Weg ist von der Gründungsversammlung des Verbandes in Dresden Weihnachten 1884 bis zur jetzigen 19. ordentlichen Generalversammlung zurückgegangen. 40 Jahre ernster Organisationsarbeit liegen uns, schwere Kämpfe sind für die Verbesserung der Stellung unserer Berufsangehörigen, nicht selten aber um die Existenz des Verbandes geführt worden. Es ist nicht leicht, heute feststellen zu können, daß die Gewerkschaften aller Anfeindungen ihren Weg zielbewußt weitergegangen sind und mitten im Auf- und Ausbau begriffen, eine neue Aufgaben in den Kreis ihrer Bestrebungen aufgenommen haben. Klar ist zu erkennen, daß unsere Gesundheit seit Jena Fortschritte gemacht hat, doch die in der Nachkriegszeit üblich gewordenen politischen Störungen in den Hintergrund gedrängt, und unverkennbar die Bemühungen, dem Wohle der Organisation zu dienen, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Die Generalversammlung setzte sich aus 72 gewählten Vertretern, den Bezirksleitern, dem Verbandsvorstand, je einem Vertreter des Verbandsausschusses und der Prekominmission zusammen. Von ausländischen Bruderorganisationen waren als offizielle Vertreter der Kollege Jausner (New York), Larsen (Dänemark), Jung (Schweden), Böhner und Kompas (Österreich), Szell (Ungarn) und Graf (Schweiz) erschienen, zwei Kollegen aus Holland trafen im Laufe der Tagung ein, Finnland und die Tschechoslowakei sandten Begrüßungsschreiben, da die Vertreter der größeren Lohnkämpfe nicht abkommen konnten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war durch Schulze, Berlin, der Baugewerksbund durch Bernhardt, Hamburg, der Zimmererverband durch Schumann, Hamburg, der Steinmetzverband durch Thomas, Frankfurt/Main, vertreten. Nach einer kurzen Begrüßungssprache des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Streine, dankte der Kollege Jausner der Generalversammlung die herzlichsten Grüße und Wünsche der amerikanischen Gewerkschaften. Für die übrigen Vertreter ausländischer Bruderorganisationen sprach Kollege Larsen, Kopenhagen, der internationalen Solidarität konnten die dänischen Gewerkschaften in diesem Jahre den größten Kampf, den sie zu führen hatten, nach elfwöchiger Dauer zum siegreichen Ende führen. Unsere Kollegen sind restlos organisiert; trotz einer Ausgabe von 370 000 Kronen ist noch ein Kampffonds von über eine Million Kronen vorhanden. Die Vertreter der übrigen Gewerkschaften sprach der Kollege Schulze, Berlin, vom ADGB. Die Tagung ging zu einem Zeitpunkt statt, der für die deutschen Gewerkschaften von außerordentlicher Bedeutung und durch die ungleiche Kräfteverteilung in den Parlamenten noch besonders wertvoll ist. Unternehmertum und Reaktion nutzen die wirtschaftliche Krise aus, dem arbeitenden Volk alle Lasten aufzubürden. Heiße Kämpfe werden um die unerhörte Lohnsenkung entbrennen. Die Gewerkschaften müssen mehr als je vor das einigende Band für die deutsche Arbeiterschaft ziehen, die das Mittelzeug zu schärfen haben, um dem unerbittlichen Gegner in enger Geschlossenheit entgegenzutreten. Namen der Filiale Dresden und im Auftrag des Ortskomitees wünscht Kollege Jausner einen harmonischen Verlauf der Tagung.

Der Vorsitzenden werden die Kollegen Streine und Jausner, Dresden, außerdem 4 Schriftführer und Mandatsprüfungskommission gewählt. Ein Antrag der Kollegen Erfurt, „Die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft und der Kampf gegen die Reaktion als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen“, wurde einem oppositionellen Kollegen das Korreferat übertragen, wird gegen 8 Stimmen abgelehnt, da das Thema nach dem Rahmen der Tagesordnung unbeschränkt zur Behandlung kommen wird.
 Zum Bericht des Verbandsvorstandes führte Kollege Jausner aus, daß die Organisation in der Berichtsperiode der Jenaer Generalversammlung wohl die schwerste Zeit ihrer Bestehen hinter sich habe, und wenn heute einige Stellen auf normalere Wirtschaftsverhältnisse vorhanden sind, so dürfte man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Kämpfe bevorstehen, die an die Geschlossenheit der Arbeiterschaft und die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften vorordentliche Anforderungen stellen werden. Krieg und Revolution haben den festen Stand der Gewerkschaften erschüttert, und es sind Zeichen der Zeit, wenn das Unternehmertum sich heute offen zu seinem nächsten Ziel, der Eroberung der deutschen Gewerkschaften, bekennet, wie es in

der Holzindustrie erst kürzlich der Fall war. Es ist paradox, aber durchaus zutreffend, daß die Bedeutung der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft von den Unternehmern besser erkannt wird, als in weiten Kreisen der Arbeiterschaft selbst. Ein Rückblick auf die letzten vergangenen Jahre ist notwendig, so wenig erfreulich er für uns auch sein mag. Die Wirtschaftsverhältnisse gingen über die Beschlüsse der Jenaer Generalversammlung hinweg; sollte die Organisation erhalten bleiben, so müßte eine Anpassung erstrebt werden, die oft vom Verbandsvorstand im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit mehr als drückend empfunden wurde. Eine kolossale Arbeitslosigkeit, von der 80 bis 90 % der Mitglieder betroffen wurden, in Verbindung mit der alles vernichtenden Inflation bewirkten, daß die Hauptkassen durch Monate hindurch keinerlei Einnahmen hatten. Waren auch noch einige Rücklagen vorhanden und in Voraussicht des Kommenden die verfügbaren Beträge wertvollständig gesichert, so konnte der Verband dennoch nur durch die tätige Hilfsbereitschaft unserer ausländischen Bruderorganisationen seine Aufgaben erledigen, und es ist unsere Pflicht, diesen unsern Dank auch hier besonders zum Ausdruck zu bringen. So schwierig die Beitragskassierung auch war, mühten doch die Beiträge von Woche zu Woche der veränderten Geldbewertung folgen, und konnte sie zuletzt nur noch durch Ausgabe von Blankomarken bewältigt werden, die ihre Bewertung erst in den Bezirken und Filialen erhielten, so hat sie uns doch gezeigt, welche stillen Kräfte in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft vorhanden sind; war doch die Tätigkeit der Funktionäre fast ohne Ausnahme geradezu musterbildend und von unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit an den Verband getragen.

Wie in den Filialen, mühte auch im Hauptvorstand ein Abbau des Verwaltungsapparates erfolgen, der bis an die Grenze des Erträglichen ging. Wachte doch die Umstellung einer Menge neuer Aufgaben, und es ist der weiteren unermüdeten Tätigkeit großer Kollegenkreise gelungen, der Organisation in kürzester Frist wieder eine feste Grundlage zu schaffen. Der Mitgliederverlust ist zum Stillstand gebracht worden. Galtten sich in Jena viele Widerstände gegen die Unterstützungseinrichtungen gezeigt, so häuften sich kurze Zeit nach der Stabilisierung die Anträge und Forderungen auf Wiedereinführung, denen Verbandsvorstand und -beirat auf die Dauer nicht widerstehen konnten. So wurde die Arbeitslosenunterstützung vom 1. Dezember 1924 an wieder ins Leben gerufen, und es wird allgemein begrüßt werden, daß der Generalversammlung Anträge unterbreitet werden, die eine Ausdehnung auf Erwerbslosigkeit bei Krankheit vorsehen und die Unterstützungssätze nach Möglichkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit festsetzen.

Nach Jahren tiefsten Daniederliegens unseres Gewerbes setzte im Vorjahre eine recht gute Konjunktur ein. Der Bedarf an hochwertigen Arbeitskräften konnte bei weitem nicht gedeckt werden; hat es doch das Unternehmertum in völliger Verkennung der beruflichen Bedürfnisse unterlassen, gewerkschaftlichen Nachwuchs heranzubilden. So konnte nicht ausbleiben, daß Ungelernte herangezogen werden, die durch ihre große Anzahl eine Gefahr für die seit Jahrzehnten geübte Lohnpolitik bilden, der nur begegnet werden kann, wenn alles getan wird, um sie restlos in unsere Organisation einzugliedern. — Eine Reihe weiterer Probleme werden durch die Auswirkungen der Kriegesfolgen, wie die Ausführung des Friedensvertrages, des Dawesabkommens u. a. m., ausgelöst, denen das arbeiterfeindliche Unternehmertum und die reaktionäre Regierung nur durch Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiterschaft durch unerhörte Zoll- und Steuerpläne zu begegnen gewillt ist, dagegen die Arbeiter nur durch engeren Zusammenschluß in starken Gewerkschaften den nötigen Widerstand entgegensetzen können. Mehr als je zuvor ist es ein Verbrechen, durch eigenbrötterische Opposition, nicht selten nur um ihrer selbst willen, Zwietracht zu säen und den geschlossenen Kampfeswillen zu untergraben. Die Lohn- und Tarifpolitik ist systematisch weitergeführt worden, und was an Lohnregelungen technisch möglich war, ist unter Einsetzung der vorhandenen Kräfte erreicht worden. Während wir vor dem Kriege um 10 bis 20 % hinter dem Baugewerbe zurückstanden, sind wir diesem gleich, in vielen Lohngebieten nicht unwesentlich vorausgeeilt, und es ist mehr als fraglich, ob bezirkliche oder örtliche Verhandlungen günstigere Ergebnisse gebracht hätten. Weniger günstig lagen die Verhältnisse in der Industrie, wo unsere Kollegen scharfe Kritik an den Kollektivverträgen üben, die den Bedürfnissen der einzelnen Berufe nicht Rechnung tragen. Große Aufgaben stehen uns bevor, die alle Gebiete der beruflichen Tätigkeit umfassen und sowohl der gewerblichen und technischen Weiterbildung wie auch der Beseitigung gesundheitsschädlicher Verhältnisse und der Besserung der wirtschaftlichen Lage und vielem andern mehr dienen müssen. Wird die Tätigkeit des Vorstandes vom Standpunkte realer Tatsachen aus gewürdigt, dann kann die Kritik für die fernere Gestaltung unseres Organisationslebens nur nutzbringend sein.

Den Kassenbericht gab der Kollege Heirich. Eingehendes Zahlenmaterial ist in den Jahrbüchern für 1923 und 1924 niedergelegt und zeigt, daß die finanzielle Lage

nicht glänzend ist. Immerhin ist es gelungen, in den anderthalb Jahren seit der Stabilisierung der Währung wieder ein Vermögen von 650 000 M anzusammeln. Wenn diese Summe in Anbetracht der 2 1/2 Millionen im Jahre 1919 auch als ungenügend zu bezeichnen ist, so darf nicht übersehen werden, daß das Vorjahr recht hohe Ansprüche an unsere finanzielle Leistungsfähigkeit stellte. Unbefriedigend war bisher noch unsere Mitgliederbewegung. Die Beitragsleistung ist auf die Formel „ein Stundenlohn als Wochenbeitrag für die Hauptkasse“ gebracht worden und hat sich nach anfänglichem Widerstand ziemlich allgemein durchgesetzt. Dementsprechend ist die Beitragskassa folgerichtig weiter ausgebaut worden; doch hat die Statutenberatungskommission eine Wilderung gewisser Sätze eintreten lassen, die wohl allgemein begrüßt wird. Es bedarf der intensiven Tätigkeit aller vorhandenen Kräfte, um den Ausfall an Mitgliedern der letzten Jahre durch Neuaufnahmen wieder einzuholen. Immer wieder ist die Mahnung zu erheben, daß die Mittel aller verfügbaren Gelder ungehäumt an die Hauptkasse einzusenden haben.

Bei der Berichterstattung über den „Maler“ und die übrigen Organe führte der Kollege Marx aus, daß die Gewerkschaftspresse einen schlimmen Stand hatte, die Belastungsprobe aber überstanden habe. Weiten Mitgliederkreisen sei erst durch das unregelmäßige Erscheinen der Werk unseres Organs zum Bewußtsein gekommen, sei doch unsere ganze gewerkschaftliche Tätigkeit ein fortgesetzter Klassenkampf. Viele Kollegen seien wieder in Gleichgültigkeit versunken, weil die Werbetätigkeit unserer Presse fehlte. Pflicht unserer gewerkschaftlichen Literatur und Presse ist es auch in der heutigen Zeit, weit über den Rahmen rein gewerkschaftlicher Fragen hinauszugreifen. Wo allgemeine Volksinteressen in Frage stehen, muß sich unsere Presse in den Diensten der modernen Arbeiterbewegung stellen und alles tun, um keine Zwietracht und Uneinigkeit aufkommen zu lassen. Die Einstellung der Schriftleitung ist unverändert im wohlverstandenen Interesse der Berufsorganisation durchgeführt worden.

Als Vorsitzender des Verbandsausschusses berichtete der Kollege Vertam, Hannover, daß nur wenige Differenzen zu schlichten waren, deren Erledigung glatt von statten ging. Für die Prekominmission gab der Vorsitzende, Kollege Böhmer, Hamburg, den Bericht, der sich auf die einzelnen Sitzungen erstreckte. Wenn nicht alle Unstimmigkeiten restlos beseitigt werden konnten, so liege das nicht zuletzt an der persönlichen und parteipolitischen Einstellung.

In der darauffolgenden Diskussion hob der Kollege Schiemann, Berlin, hervor, daß sich in den Berichten ein erfreulich frischer Zug gezeigt habe. Immerhin sei es an der Zeit, mit den diktatorischen Vollmachten, mit denen die Jenaer Generalversammlung den Verbandsvorstand ausgestattet habe, wieder Schluß zu machen, wenn auch unumwunden anzuerkennen sei, daß sich die ganze Tätigkeit nutzbringend für den Gesamtverband ausgewirkt habe. In Berlin habe es sich erwiesen, daß die Spaltungstendenzen nur durch energisches Zugreifen bekämpft werden können. Rubetisch, Leipzig, erkennt an, daß der Rückgang in der Gewerkschaftsbewegung nur eine Folge der Inflation war. Aber aller Augen waren auf die Gewerkschaftsführer und den ADGB gerichtet, die aber völlig verjagt hätten. Im übrigen nimmt er, wie auf allen bisherigen Generalversammlungen, besonders Stellung zu den Gehältern der Angestellten. Jenthal, Leipzig: Die gewerkschaftlichen Aufgaben müssen ein viel weiteres Gebiet umfassen. Die Lohn- und Tarifpolitik zeige doch recht erhebliche Mängel. Insbesondere seien die Lohnabkommen zu langfristige; wichtige Gebiete blieben zurück. Man möge die Tagung vom Vereinigen politischer Unstimmigkeiten freihalten. Benedek, Hannover, wünscht eine Ruhepause in der Beitragsfestsetzung. Die Inanspruchnahme der Funktionäre ist außerordentlich groß und es fehlt der Nachwuchs. Diebrücker, Frankfurt, sieht den Kern unserer Bewegung in der Heranbildung jugendlichen Nachwuchses. Der Lehrlingsfrage sei erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er wünscht ferner einheitliche Richtlinien für die Lohnfestsetzungen durch den ADGB, um eine mehr einheitliche Entlohnung in Handwerk und Industrie zu erreichen. Tonu, Hamburg, hat nichts gegen die Beibehaltung der zentralen Lohnregelungen einzuwenden, die im allgemeinen eine gleichmäßige Behandlung verschiedenster Gebiete gewährleisten. Er wünscht aber eine Mitwirkung wichtiger Funktionäre, von der er sich eine Belebung der allgemeinen Verbandstätigkeit verspricht. Es ist ein Jammer, daß so oft das ganze Versammlungsleben durch einige wenige, sich radikal gebärdende Kollegen seit Jahren zerstört werde, mit dem alleinigen Erfolg, daß sich selbst Kollegen, die zum Stamm unseres Verbandes gehören, von weiterer Mitarbeit fernhalten. Klob, Berlin: Viele Ungelernte sind als Pflichtarbeiter in den Beruf, gegen den eigenen Willen, hineingedrängt worden, und es wäre eine völlige Verkennung unserer Aufgabe, diesen Personen den Weg zu unserer Organisation zu unterbinden. Wir müssen der sozialen Befreiung unsere ernsteste Aufmerksamkeit schenken. Kübling, Stuttgart, stellt fest, daß eine sach-

liche Kritik dem Vorstand volle Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse. Auch unserm Bezirksleiter in Stuttgart wurde ein Vertrauensvotum gegen nur 2 Stimmen ausgesprochen. Unheilbarkeit im Verkehr mit Kollegen und ein Appell an die niedrigen Instanzen rächen sich in der Regel und prallen auf den Angeriffen zurück. Bösch, Hamburg, erfuhr, sich mit der Vertretungsfunktion strikte an den Stundenlohn zu halten. Bei den sehr seltener eintretenden Lohnfestsetzungen konnte das keinen allgroßen Schwierigkeiten begegnen, wenn man dem Prinzip nur erst einmal Geltung verschafft hat.

Am zweiten Verhandlungstage machte Kollege Mehrer längere Ausführungen zur Lehrlingsfrage. Trotz vieler Bemühungen ist es nicht gelungen, die Entschädigungsätze zureichend zu erhöhen, wenn auch Fortschritte zu verzeichnen sind. Im allgemeinen betragen die Vergütungen im ersten Lehrjahre 3 bis 6 M., im zweiten Lehrjahre 6 bis 8 M., und im dritten Lehrjahre 8 bis 10 M., vereinzelt auch 12 M. die Woche. Derivate zu tariflicher Regelung der Lehrlingsverhältnisse scheiterten am Widerstand der Unternehmer, denen die rückständige Handhabung veralteter Gesetzesbestimmungen zu Hilfe kommt. Der Entwurf eines Jugendbeschützgesetzes läßt noch immer auf sich warten; von uns soll nichts unterlassen werden, was zugunsten unserer jugendlichen Kollegen geschehen kann. Schärfster Protest muß gegen die Bestrebungen auf eine Verlängerung der Lehrzeit erhoben werden. Handeln wir und bauen wir unsere Lehrlingsabteilungen aus, so leisten wir die beste positive Arbeit. Der Ausbau unseres „Malerlehrlings“ steht mit dem Wiederaufbau unseres Verbandes ein. Der Kollege Schwabe, der seit einiger Zeit die Leitung der Zentralstelle für die Löhner übernommen hat, entwickelte in kurzen Zügen sein Programm. Es trifft zu, daß die Löhner unter den ungünstigen Bestimmungen der Kollektivverträge, besonders in lohnpolitischer Beziehung, aber auch des Arbeitsverhältnisses überhaupt, zu leiden haben. So verständlich der Wunsch auf selbständige Lohnregelungen ist, kann er doch als endgültige Lösung zur Zeit kaum erreicht werden; es gilt deshalb, unsern Einfluß als Organisation bei allen Verhandlungen zu stärken. In gesunder Beziehung sei die Gefahrenzone durch Berufskrankheiten und gewerbliche Vergiftungen besonders groß, und könne eine Beseitigung nur durch straffen Zusammenschluß in der Berufsorganisation erreicht werden. Werde uns genügend Unterstützung aus den Kollegenkreisen und Branchenabteilungen gewährt, so können wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich unsere Tätigkeit fruchtbringend gestalten wird. In überaus harter Weise nahm hierauf Genosse Schulze, als Vertreter des ADGB, Stellung zu den Wünschen und Beschwerden, die an die Adresse des ADGB gerichtet sind. Jeden überzeugten Gewerkschafter müsse der Bericht der Prekommission eigenhändig berühren, der es der Schriftleitung unterzulegen will, die Angriffe im „Kommunistischen Gewerkschafter“ gebührend zurückzuweisen. Es stehe doch fest und könne durch eine Umfrage von Beispielen belegt werden, daß die kommunistische Partei und die kommunistischen Gewerkschaftsrichtungen ausgesprochen gewerkschaftsfeindlich seien. Daran ändern auch die sich überschlagenden Parolen und der in Eizene gesetzte Einigungsraum nichts, der zugeständenermaßen nur den Zweck verfolge, die Gewerkschaften in den Dienst der kommunistischen Propaganda zu stellen. Die Leipziger Resolution enthalte nichts, was nicht die deutschen Gewerkschaften seit jeher in den Kreis ihrer Aufgaben gezogen haben. Selbst mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen könne nicht alles erreicht werden; fehlt es doch vielfach an der ausführenden Exekutive. Man betone immer, daß 90 % der Bevölkerung den erwerbstätigen Schichten des Volkes angehören, vergesse aber, daß doch diese 90 % den gesetzgebenden Körperschaften ihre heutige Zusammensetzung gegeben haben. So gut gemeint die Anträge auf Schaffung eines Arbeitsnachweisgesetzes gemeint seien, das den Bemühungszwang verleihe, wäre es doch kaum möglich, seine Tendenz in absehbarer Zeit zu verwirklichen, da die gegenwärtigen Widerstände kaum zu überwinden sein dürften. Trotzdem wollen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterkraft in absehbarer Zeit dennoch Wirklichkeit werden könne. Preuß., Cassel, beipflichtet die schweren Gesundheitsgefahren, die unsern Kollegen in der Industrie durch Verarbeitung gesundheitsgefährlicher Materialien drohen. Die Organisation müsse alle Kräfte zur Vermeidung der Gefahren einsetzen. D. O. v. München, wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Versplitterungstendenzen, die sich trotz aller noch zu vernünftigen Maßnahmen immer wieder bemerkbar machen. Unzweifelhaft sei die Annahme, wenn sich eine Fiktion des Recht herausnehme, die Stellung der gefährdeten Familien durch Mundschreiben oder Flugblätter zu erklären. Die Schlagfertigkeit des Verbandes sei aufs engste mit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit verknüpft und es treffe in keiner Weise zu, daß die Vertretung durch angemessene Beiträge erschwert werde. Wohl sei die Regelung der Lohnverhältnisse auf ganzer Ebene Grundidee kein Dogma, aber mehr als zweifelhaft sei es, ob wirklich oder in den Bezirken mehr und vor allen Dingen eine schnellere Regelung zu erreichen sei. Zu pessimistischer Aufassung sei durchaus kein Grund vorhanden; sind doch an allen Stellen Erfolge zu verzeichnen. Brenner, Sachhausen, tritt für einen systematisch organisierten Widerstand gegen die Zollpolitik ein und wendet sich gegen die parlamentarische Opposition, die das Vertrauen in die Organisation in neuen Kreisläufen beruht untergrabe. Die Mitglieder müssen habe nur Arbeit angeordnet. Schröder, Bremen, tritt mit der Haltung des „Maler“ einverstanden. Für die Arbeiter und die Agitation dürfen die Mittel nicht fehlen. Das Nachwachen politischer Tendenzen sei in der Gewerkschaftsbewegung zu betonen, der immerwährende Kampf der Klassen habe unermesslichen Schaden anrichtet. Die Arbeiterklasse, wünscht weiteren Ausbau der Agitationsarbeit, die vielfach durch die Gewerkschaften nicht zu erreichen ist. De Haas, Berlin, hält die Agitation des Verbandes als ganzes für die wichtigste Aufgabe und weist auf die mangelnde Einwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Agitation hin. Die Agitation müsse die Basis der Gewerkschaften unserer Zeit sein. Die Agitation müsse die Basis der Gewerkschaften unserer Zeit sein. Die Agitation müsse die Basis der Gewerkschaften unserer Zeit sein.

Die Gewerkschaftsarbeit. Greif, Essen, erwartet vom ADGB. schärfste Einstellung gegen die Zoll- und Steuerpolitik, es dürfe aber nicht übersehen werden, daß das letzte gemeinschaftliche Mittel der Generalstreik sei, vor dem man schließlich nicht zurückschrecken sollte. Müller, Nürnberg, führt aus, daß den Fiktionen in der Beitragsfrage eine etwas weitergehende Bewegungsfreiheit zu lassen sei. Die Agitation unter den Löhneren werde durch die hohen Beiträge außerordentlich erschwert, um so mehr andere Gewerkschaften in denselben Betrieben mit niedrigeren Beiträgen operieren. Hoffentlich findet der bevorstehende Gewerkschaftskongress einen Weg, der den unleidlichen Zustand in der Frage der kollektiven Lohnfestsetzungen beseitigt. Franz, Dortmund, sieht eine nicht zu unterschätzende Gefahr in den vielfachen wilden Streikparolen, die der Arbeiterchaft große Opfer auferlegen, ohne nennenswerte Erfolge zu bringen, die Kampfbereitschaft aber schwächen und das Vertrauen in die eigene Kraft untergraben. Die Industrie erteilt vielfach ihre Aufträge nur an solche Unternehmer, die sich zu einer längeren Arbeitszeit verpflichten. Schenhal, Leipzig, kann das Verhalten des Hauptvorstandes nicht billigen, betonte aber ausdrücklich, daß er damit keine Entziehung des Vertrauens zum Ausdruck bringen wolle. Weiß, Breslau, sieht einen Fortschritt darin, daß die Rechte der einzelnen Organisationen vom Gewerkschaftskongress statutarisch festgelegt werden sollen. Der Ausbau des Unterhaltungswezens ist zu begrüßen und keine Ursache vorhanden, die Lage unseres Verbandes pessimistisch anzusehen.

Nach den Schlussworten der Kollegen Marx, Heirich und Böhrer ging Kollege Streine auf die einzelnen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Er verteidigt die Haltung des Vorstandes gegen die Angriffe der Kritiker und zeigt an Beispielen, mit welchen schädlichen Mitteln die Opposition oft arbeitet. Die von ihnen erwähnte Pensionstasse müsse von den Angestellten selbst bezahlt werden. Manche Anregungen der Diskussionsredner werde der Vorstand folgen, besonders auf dem Gebiete der Gesundheits- und Unfallfragen. Mit guten Gründen verteidigt er die Lohn- und Tarifpolitik des Vorstandes. An ein Heruntersetzen der Beiträge sei nicht zu denken. Die Differenzen mit der Prekommission erklären sich daraus, daß der Schriftleiter als Mitglied des Vorstandes dessen Weisungen durchzuführen muß.

Die zu diesem Punkt der Tagesordnung angenommenen Anträge werden wir in einer späteren Nummer des „Maler“ veröffentlichen.

Gegen die Getreidezölle.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Getreidezölle ist nach dem Referat Rudolf Silberding's auf dem Afa-Kongress in München die, daß sie, einmal eingeführt, später nur sehr schwer abgeschafft werden können. Nicht nur deshalb, weil sich die Landwirte, vor allem die Großgrundbesitzer, die erhöhten Getreidepreise für ewig sichern und auf ihr Privileg nur schwer verzichten wollten. Es liegt auch ein anderer, schwerwiegender Grund vor: die Abschaffung des einmal eingeführten Getreidezolles würde die Landwirtschaft in der Tat erschüttern. Die Bodenpreise nähmen sich bekanntlich nach dem Bodenertrag; der Kapitalisierte Bodenertrag stellt den Bodenpreis dar. Wird der Ertrag infolge der Agrarzölle steigen, so wird sich der größere Ertrag in einer entsprechenden Erhöhung der Bodenpreise auswirken beziehungsweise wird dieser im erhöhten Bodenpreis vorweggenommen. Die neuen Käufer von landwirtschaftlichen Gütern zahlen deshalb nach Einführung der Agrarzölle diese erhöhten Bodenpreise. Die gegenwärtigen Besitzer erhalten sofort den Gegenwert des Schutzollprivilegs. Wird nun später der Agrarzoll abgebaut, so wird der neue Käufer, der den gesteigerten Kaufpreis bezahlte und den neu erworbenen Boden mit entsprechend hohen Schulden belastete, einen Verlust ungenügend in der Höhe des kapitalistischen Schutzolles erleiden. Da der Besitzwechsel des Bodens in verhältnismäßig geringen Zeitabständen zu erfolgen pflegt, ist die Zahl der neuen Käufer, die durch Abschaffung der Zölle einen Verlust erleiden, ja in ihrer Existenz erschüttert werden könnten, sehr groß. Kein Zweifel, daß diese Schichten gegen die Abschaffung der Agrarzölle einen verzweifelten Kampf führen und diese mit allen Mitteln verhindern würden.

Getreidezölle — die sozial ungerechteste Belastung. Lupo Brentano schätzte die Belastung der Bevölkerung durch die Getreidezölle seit 1902 auf jährlich eine Milliarde Mark. Nach der heute geplanten Fassung würde diese Belastung 1,2 bis 1,5 Milliarden ausmachen, das heißt, ein Betrag in der Höhe von der Hälfte der Dawes-Lasten müßte an die Grundbesitzer abgeführt werden. An Lohnsteuer sind 1,2 Milliarden Mark der Staatskasse zugeflossen. Die Agrarzölle kämen in ihrer Wirkung der Verdoppelung der Lohnsteuer gleich. Die Agrarzölle bedeuten eine empörende soziale Ungerechtigkeit: je größer die Familie, um so größer der Brotverbrauch, um so größer die Belastung durch die Schutzölle. Die Agrarzölle sind wie umgekehrt wirkende progressive Steuern — je niedriger das Einkommen, um so größer die Belastung. Ein Arbeiter mit einem Einkommen von jährlich 1500 M. müßte 2 % seines Einkommens für die Getreidezölle hergeben, er müßte 19 Tage im Jahr nur für die Beibringung der erhöhten Getreidepreise arbeiten. Hat jemand ein Einkommen von 6000 M., so beträgt seine Belastung aus den Agrarzölle mit 1 % seines Einkommens.

Vermehrung der Kaufkraft durch Agrarzölle. Zur Begründung der Nichtigkeit der Agrarzölle muß unter anderem auch das Argument herhalten: Daß der infolge der Schutzölle erhöhte Lebensmittelpreis die Kaufkraft der Landwirte erhöht. Die Bauern werden mehr als bisher kaufen können, woraus sich vermehrte Produktion und die Belebung der Wirtschaft ergibt. Diese Femeisführung mußt aus dem Mund derjenigen, die sonst gegenüber dem Kaufkraftargument der Lohn- und Gehaltsempfänger taub sind, merkwürdig an. Und doch ist die Vermehrung der Kaufkraft durch Zölle recht verschieden von deren Vermehrung durch Lohnerhöhungen.

Werden durch letztere nur die Gewinne der Unternehmer geschmälert, so geht die Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiter durch Schutzölle mit der Abnahme der Kaufkraft der breiten Massen, welche höhere Lebensmittelpreise müssen, einher. Ein Viertel der Bevölkerung wird kaufen können als bisher, drei Viertel aber werden die Produktion wird sich daher nicht erhöhen, sondern sinken müssen. Vermehrung der Kaufkraft durch Zölle — wie Silberding auf dem Afa-Kongress sagte — falsch, wie Vermehrung der Kaufkraft durch Zölle.

Die Weltgetreidepreise werden sinken. Die Agrarzölle werden oft mit der Begründung, daß die Weltgetreidepreise sinken und auf ausländischen Preise drücken könnten. Mit einfacher kann man jedoch den Herren sagen, sie sollen lieber warten — vielleicht werden die Weltpreise doch sinken! In der Tat spricht alles dafür, daß die Weltgetreidepreise, statt zu sinken, erhöhen werden. Den Vereinigten Staaten geht der Getreidebau infolge Zusammenbruchs von Behntausenden Farmern, und dem Abströmen der Landwirte in die Industrie, um Einschränkung der Einwanderung, dauernd zurück. Ist eine Mehrproduktion mit sinkenden Preisen nicht zu erwarten. Noch weniger aber in Rußland. Auf die Einfuhr aus Rußland, die vor dem Krieg eine durch Steuerlasten erzungene Hungerausfuhr gewesen war, ist in der Zukunft nicht zu rechnen. Wird der Ertrag der russischen Landwirtschaft später erhöht, wird der russische Bauer mehr als vor dem Krieg eigene Zwecke verbrauchen: er wird sich endlich von der Weltmarkt wird aber diese Vermehrung der Produktion nicht spüren. Das gleiche trifft für die Balkanländer überall eine Bodenverteilung durchgeführt wurde, zur Verfüllung des Großgrundbesitzes in diesen Ländern verursacht die Abnahme der Getreideproduktion. In solchen Umständen ist es ganz falsch, mit einer dauernden Senkung der Weltgetreidepreise zu rechnen.

Die Demokratie im Wirtschaftsleben

Von A. Wielepp.

Im Deutschen Reich werden seit Jahr und Tag erbittertsten politischen Kämpfe geführt, die im Grunde genommen über Sein oder Nichtsein der Deutschen Demokratie entscheiden sollen.

Der Kampf gegen die Demokratie richtet sich nicht nur gegen die politischen Veränderungen nach Revolution, sondern viel mehr noch gegen das Eindringen der Demokratie in das Wirtschaftsleben. Denn während auf der politischen Bühne durch die Demokratie im wesentlichen nur eine verhältnismäßig kleine Kaste um das Recht gekämpft wurde, allein an der „Futterkrippe“ zu und das Volk am Gängelbände zu führen, machte die Wirtschaft die Weiteitigung des Unternehmerstandpunktes Herr im Hause zu sein, viel mehr böses Blut, da die das gesamte Unternehmertum betroffen wurde.

Es ist nicht zu leugnen, daß selbst Bestürmungen neuen Reichsreformierung an manchen Dingen darin Haar gefunden haben, während die Gegner gerade die den Neuerungen gar nicht so feindschaftlich gesonnen sollten, zum Beispiel dem Wahlalter und dem Frauenwahlrecht. Von diesen beiden Errungenschaften haben her die Gegner der demokratischen Republik den Widerstand geleistet. Es wäre aber unseres Erachtens falsch, beides sind Grundrechte, mit denen die Demokratie und fällt, weil sowohl der junge Staatsbürger 20. Lebensjahre wie auch die Frau in anderer Weise das Staatsleben einzuwirken vermögen, auch wenn das Wahlrecht genommen würde. Die politische Umwälzung die von den Gegnern des Frauenwahlrechts und der Senkung des Wahlalters früher angeführt wurde, kann kaum als gewichtiges Argument dagegen angeführt werden, denn wo wollte man dann überhaupt eine Grenze ziehen, wenn man nicht schließlich dahin gelangen will, daß überhaupt nur ein kleiner Kreis auserlesener, politisch Köpfe die Geschicke des Volkes bestimmt. Beim Frauenwahlrecht werden die politisch unreifen Minderjährigen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen, und mit Heraushebung des Wahlalters auch nicht die senilen Greise, die man Altersheimen und sonstigen Anstalten an die Wahl heranziehen kann.

Es gibt also nur ein Mittel, um die Grundlagen der Demokratie, die weitestmögliche Heranziehung des Volkes zur Mitbestimmung, ideal zu gestalten: die politische Heranziehung des ganzen Volkes. Das gleiche gilt auch von demokratischen Einrichtungen im Wirtschaftsleben. Hier haben sich nach Einführung derselben Erscheinungen gezeigt, die selbst bei Freunden dieser Einrichtungen denken erregt haben. In einer kleinen Schrift* befaßt sich auch Dr. jur. Gerhard Wörner, ordentlicher Professor der Handelshochschule zu Leipzig, mit diesen Fragen. Der Verfasser beschäftigt sich in der durch den Umfang der Bedingungen mit dem Betriebsrätegesetz, dem Tarifvertragsgesetz, dem Betriebsratsgesetz, dem Tarifvertragsgesetz, dem Mitbestimmungsrecht und anderen Gesetzen, die Mitbestimmungsrecht der breiten Massen gewährleisten. erblickt hier überall eine Ueberspannung des Mitbestimmungsrechtes und als Folge dieser Ueberspannung eine Fährdung des demokratischen Gedankens. Wir wollen in Abrede stellen, daß vielfach Mißbrauch mit diesem Mitbestimmungsrecht getrieben wurde; aber auch hier über der Verfasser, daß es sich um Kinderkrankheiten handelt, mit der Zeit verschwinden werden, besonders dann, wenn die Gegnerschaft gegen diese Neuerungen aufhört. Daß hier und da aus der Erfahrung heraus sich ergebende Vereinfachungen geschaffen werden könnten, soll nicht bestritten werden. Aber eine Kastration, wie sie der Verfasser wünscht, müssen die Arbeitnehmer, die die Dinge nicht nur aus der Unternehmerperspektive kennen, entschieden ablehnen.

Zum Betriebsrätegesetz findet Professor Dr. Wörner gefällig die Produktion störende und den demokratischen Gedanken gefährdende Bestimmungen. Daß ein Arbeitnehmer

* „Der demokratische Gedanke im deutschen Sozialrecht.“ Von Dr. jur. Gerhard Wörner, ordentlicher Professor an der Handelshochschule zu Leipzig. Verlag G. Neumanns Buchdruckerei, Göttingen. 33 Seiten.

mit 24 Jahren in die Betriebsvertretung gewählt sein kann, erscheint ihm bedenklich, denn in diesem Alter ist ein ausreichendes Betriebsverständnis nur in besonderen Ausnahmefällen vorhanden. Ganz abgesehen davon, daß es auch nur Ausnahmefälle sind, wo Arbeitnehmer diesem Mindestalter in die Betriebsvertretung gelangen, darauf hinzuweisen, daß es unendlich viel mehr Fälle wo Unternehmer in diesem Alter einen Betrieb leiten; unter manchmal solche, die das Unternehmen geerbt oder sich erworben haben. Dasselbe Gegenargument trifft auf den Einwand des Verfassers zu, daß die Betriebsfähigkeit eines Wahlbewerbers vom Gesetz zu niedrig fest sei, wenn es sich damit begnügt, daß der Betreffende Wahltag mindestens 6 Monate dem Betrieb oder Unternehmen sowie mindestens 8 Jahre dem Gewerbebezirk oder Berufsbezirk angehört, in dem er tätig ist. Wir können Verfasser verraten, daß hierbei sogar noch Ausnahmen möglich sind und von den Gewerbeaufsichtsdämern auch schon lassen wurden, wenn sich die Unmöglichkeit herausstellte, hier nach Ansicht Professor Wörners zu geringen Einstellung eine Betriebsvertretung zustande zu bringen. Die W liegt dann meistens an dem Unternehmer, der entweder einen Laubenschlag aus seinem Betriebe macht oder Vorliebe jüngere Leute beschäftigt, weil sie ihm billiger williger erscheinen. Einverstanden sind wir mit dem Verfasser darin, daß parteipolitische Beeinflussungen bei den Wahlen auszuscheiden sind.

Wesentlich mehr Beachtung als diese Kritik des VAG. ent aber noch Professor Wörners Stellungnahme zum Recht. Hier beginnt er seine Kritik mit einer Unwahrheit, indem er schreibt: „Unbefangener Einstellung kann es entgegen, daß sich gegen den Tarifvertrag eine zunehmende Gegnerschaft sammelt, auf Seiten der Arbeitgeber der Arbeitnehmer.“ Auf die Arbeitgeber trifft das zu; sind Gegner von Tarifverträgen, weil sie die Gewerkschaften als Kontrahenten ausschalten möchten, um mit den Arbeitern Lohn- und Arbeitsbedingungen zu „verhandeln“. Wie diese „Verhandlungen“ aussehen, sehen wir dort, wo die Gewerkschaften keinen oder nur geringen Lohn besitz. Unwahr aber ist es, wenn der Verfasser auch auf Arbeitnehmerseite nehme die Gegnerschaft die Tarifverträge zu. Dafür möge er erst einmal die Entlohnung nach individuellen Arbeitsleistungen und die Arbeitsfreudigkeit des fleißigen und tüchtigen Lähmen. Das hat Professor Wörner wieder in Unternehmerpresse gelesen und glaubt es. In Wirklichkeit verbieten die Tarifverträge es keinem Unternehmer, den tüchtigen Arbeitnehmern besondere Zulagen zu geben; die Tarife schreiben nur einen Mindestlohn vor, das Existenzminimum sein soll, es oftmals aber noch nicht mal ist. Wir wissen aber aus der Praxis, daß Unternehmer gibt, die die Löhne nivellieren, indem sie Fleiß und Tüchtigkeit nicht mehr als den Minimallohn anerkennen. Wir können sogar den Nachweis dafür erbringen, Unternehmerorganisationen ihre Mitglieder gerade verbieten, nicht über einen bestimmten Lohnsatz hinaus zu gehen, selbst wenn dabei fleißige und tüchtige Arbeitnehmer tage kamen. Wir erinnern auch an die Akkordlohnorganisation in manchen Betrieben. Nicht der Durchschnittslohn wird herausgefunden, um nach dessen Leistungen einen messbaren Stücklohn festzusetzen, sondern der „Tüchtiger“ oder besser gesagt der „Würdiger“, wie ihn die Arbeiter nennen, der ohne Rücksicht auf Qualität der Arbeit auf seine Gesundheit drauslosarbeitet. — Wenn der Verfasser dann noch die Gewerkschaftsvertreter beleidigt, indem er ihnen in ziemlich unhöflicher Form den Vorwurf, sie ließen sich bei der Aufstellung ihrer Forderungen los von der Unernunft ihrer Wähler leiten, so ist diese Beleidigung schärfste Zurückweisung. Professor Wörner scheint die Angriffe gegen die Gewerkschaften nicht zu kennen, die letztere wegen ihrer Stellung gegenüber undurchführbare Forderungen der Mitglieder zu haben.

Worauf es dem Verfasser ankommt, zeigen seine Aussagen zu dem Kapitel „Gewerkschaftsorganisation oder Gewerkschaftsorganisation?“. Hier schöpft er allerdings nicht aus der Unternehmerpresse, die jetzt die 1918 fallenen Wertvereine wieder propagieren. Hier findet er bei den Verantwortlichen der Betriebsorganisationen im Unternehmerlager einige Unterstützung. Allerdings hat in den Kreisen dieser Gewerkschaften keine Wurzel gefaßt, und selbst die von den Kommunisten einst so sehr geliebte „Wirtschaftliche Räte-Organisation“, auf deren Entstehen der gewerkschaftsfeindliche Verfasser geraten ist, hat seinen Stand erlangt. Eine ähnliche Form der Gewerkschaftsorganisation wünscht der Verfasser. Die Gewerkschaften hätten zu verschwinden, denn „eine rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften neben den territorialen Räten Organisationsform der Arbeitnehmer würde sich nicht erlangen lassen.“

Diese kurzen Auszüge aus der Schrift des Professors Wörner mögen genügen, um zu zeigen, in welchem Maße er segelt. Er hüllt sich in die Maske eines Demokraten und will angeblich nur Auswüchse beseitigen, die die Demokratie gefährden. Dabei rückt er aber bedenklich vor und gerät in den Kreis der reaktionärsten Wirtschaft. Für jeden Gewerkschaftler, der die Dinge praktisch sieht, ist es klar, daß Professor Wörners Schrift stark bezeugt ist von den Ansichten der Unternehmerpresse. Das Unternehmertum, das einem Wissenschaftler seine Ansichten nicht hat, wird nun diese Ansichten des Wissenschaftlers Unterstützung seiner Bestrebungen aufmarschieren lassen. Er daher notwendig, von vornherein die Haltlosigkeit Wörnerschen Kritik darzutun.

Technische Entwicklung und Arbeiterschaft.

Die Bestrebungen der Unternehmer, die zur Steigerung der Produktion notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion lediglich auf Kosten der Arbeiter durch Arbeitsverlängerung und Lohnabbau zu erreichen, sind getadelt. Das Unternehmertum hat eine Enttäuschung erlebt. Es mußte zu seinem Zweck erkennen, daß die Steigerung der Gewerkschaften durch Inflation und Wirtschaftskrise nicht so groß war, um die Arbeiter widerstandslos und ohne Aussicht auf Erfolg unter das ihnen zugeordnete Joch zu beugen. Die Lohnherabsetzungen wurden abgewehrt und die in verschiedenen Industrien von den Unternehmern durchgesetzte Verlängerung der Arbeitszeit war von ihnen nur unter dem Zugeständnis von Lohnerhöhungen zu erreichen. Aber auch die Arbeitszeitverlängerung bröckelt mehr und mehr ab. Allgemein setzt sich unter dem Einflusse der wieder erstarkenden Gewerkschaften die Rückkehr zum Achtstundentag beziehungsweise der Achtstundvierzigstundentage durch.

Unter diesen Umständen bleibt, wenn eine Steigerung und Verbilligung der Produktion, die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslandes herbeigeführt werden soll, dem Unternehmertum nichts anderes übrig, als die für diesen Zweck von den Gewerkschaften empfohlenen Mittel in Anwendung zu bringen: ihre Betriebe durch organisatorische und technische Verbesserungen leistungsfähiger zu machen. Nach den Behauptungen der Unternehmer war dieser Weg ungangbar, die Verarmung der deutschen Wirtschaft, der Mangel an Betriebskapital zu groß, um auf ihm erfolgreich zu sein.

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Die Wirtschaft ist eines der fundamente unseres staatlichen und nationalen Lebens; aber sie steht nicht für sich allein, sie ist nicht Selbstzweck; sie ist eng verflochten mit allen andern schaffenden Kräften, verbunden mit dem Staate, seiner Sicherung, seiner stetigen Entwicklung und seiner Autorität, abhängig vom Gedeihen oder Abstieg der Nation. Deshalb muß auch die Wirtschaft durchdrungen und beseelt sein vom Gedanken der Schicksalsgemeinschaft, von dem Geiste, der alle Interessen und alle Schichten des Landes umfassenden Zusammengehörigkeit der Deutschen.

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck.
 Die Wirtschaft ist eines der fundamente unseres staatlichen und nationalen Lebens; aber sie steht nicht für sich allein, sie ist nicht Selbstzweck; sie ist eng verflochten mit allen andern schaffenden Kräften, verbunden mit dem Staate, seiner Sicherung, seiner stetigen Entwicklung und seiner Autorität, abhängig vom Gedeihen oder Abstieg der Nation. Deshalb muß auch die Wirtschaft durchdrungen und beseelt sein vom Gedanken der Schicksalsgemeinschaft, von dem Geiste, der alle Interessen und alle Schichten des Landes umfassenden Zusammengehörigkeit der Deutschen.

Nur die Arbeiter konnten durch Einschränkung ihrer Lebenshaltung, intensiverer und längere Arbeit die für einen Erfolg erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Wie sehr die Gewerkschaften im Recht waren, wenn sie sich den dahingehenden Anforderungen des Unternehmertums widersetzen, wird durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Monaten bewiesen. Das Unternehmertum ließ es beinahe an Schwarzmalerei nicht fehlen. Seinen Angaben nach befand sich die deutsche Wirtschaft in fortgeschrittenem Niedergange, war die Lage der Industrie nahezu hofflos. Sehr im Gegensatz dazu standen freilich die Bilanzen der großindustriellen Unternehmungen, die trotz aller angewandten Verschleierungskünste ganz beträchtliche, zum Teil den Friedensstand erheblich übersteigende Gewinne feststellen ließen. Und noch deutlicher erwies sich die Einförmigkeit der kapitalistischen Feriemadien in dem zunehmenden Auftragsbestand der Industrie, ihrer wachsenden Beschäftigung und der Abnahme der Erwerbslosigkeit. Das Unternehmertum hatte wieder einmal, wie schon so oft, gesunkert!

Die gleiche Tatsache geht aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervor, wonach die Industrie gegenwärtig allgemein dahin trachtet, sich von ihrer organisatorischen und technischen Rückständigkeit freizumachen und den Vorprung einzuholen, den die Industrie des Auslandes der deutschen bisher voraus hatte. Insbesondere dienen diesem Zwecke: Abfüzung des Rohstoffes zum Fertigware, Verbesserung der maschinellen Ausrüstung der Werkstätten, Ausnützung aller Betriebsmittel bis zum Neuesten, Umstellung auf Massenherstellung unter gleichzeitiger Beschränkung der Arten und Formen der hergestellten Erzeugnisse, was eine erweiterte, bis ins Kleinste gehende Arbeitsteilung mit sich bringt. Große Firmen suchen mit Erfolg die neuesten Erfindungen auf chemischem und technischem Gebiet für ihren Betrieb auszuwerten, indem sie besondere wissenschaftliche Abteilungen schaffen, deren Aufgabe es ist, die Rohstoffe und Betriebsmittel sowie deren restlose Ausnützung zu untersuchen und alle Maßnahmen zu einer auf wissenschaftlicher Grundlage zu bewerkstelligenden Durchführung des Arbeitsganges von Rohstoff zur Fertigware zu studieren. Andere Firmen gehen zur Umstellung ihrer Erzeugung auf andere Fabrikate über. Die Textilindustrie insbesondere sucht sich der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung durch Neuaufnahme und Bevorzugung der billigeren, für das tägliche Leben notwendigen Bedarfs- oder Gebrauchsgegenstände ihres Fabrikationszweiges anzupassen. Der Weg der Fertigwaren vom Erzeuger zum Verbraucher wird durch Ausschaltung des Zwischenhandels verkürzt, die Reklame ausgebaut und verstärkt. Hinzu kommt die Zusammenfassung gleichartiger Unternehmungen oder ganzer Berufsgruppen zur Hebung des Absatzes sowie die Bildung von Arbeits- und Interessengemeinschaften zur Ausschaltung des gegenseitigen Wettbewerbs, zur Verständigung über Art und Form der von jedem beteiligten Betriebe herzustellenden Erzeugnisse, gemeinsamen Bezug von Rohstoffen, gegenseitige Sicherung von Halbfabrikaten, gesteigerte Massenherstellung usw.

Alle diese Maßnahmen, die durch Einführung neuer, Arbeit sparender, der Massenerzeugung dienender Maschinen ergänzt werden, liefern den Beweis, daß der deutsche Kapitalismus über die organisatorischen, technischen und materiellen Mittel verfügt oder sich dieselben zu verschaffen versteht, den Konkurrenzkampf mit dem Kapital des Auslandes aufzunehmen. Damit vollzieht sich eine wirtschaftliche Umwälzung von erheblicher, noch nicht abzusehender Tragweite. Hier und da werden bereits Befürchtungen über die vorläufigen Auswirkungen dieser Entwicklung laut. Selbst in der Arbeiterpresse finden sich dahingehende Betrachtungen, die, anknüpfend an die Einführung Arbeit sparender Maschinen oder neuer Arbeitsmethoden das Eintreten von Massenarbeitslosigkeit, die Ausschaltung der gelernten Arbeiter durch Ungelernte usw. in Aussicht stellen, und so diese Ent-

wicklung als verhängnisvoll für die Arbeiter ansehen. Der Ausgangspunkt dieser Betrachtungen ist, daß die Einführung Arbeit sparender Maschinen im Dienste des kapitalistischen Unternehmens alle der Beschleunigung der Produktion dienenden neuen Arbeitsmethoden Arbeiter überflüssig machen sollen und so dazu beitragen, die vorhandene großindustrielle Reservearmee beschäftigungsloser Arbeiter zu vermehren als auch die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern.

In derart allgemeiner Formulierung ist diese Auffassung jedoch nicht richtig. Wäre es der Fall, so mühten sich die Arbeiter jedem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt entgegenzustellen, ihn zu verhindern suchen. Das hätte den Rückfall in jene Zeit zur Folge, wo die Arbeiter die Maschine als ihren Feind betrachteten und in deren Zerstörung ihr Heil erblickten. Darüber sind jedoch die organisierten Arbeiter hinaus. Sie wissen, daß nur die fortschreitende organisatorische und technische Entwicklung, die zur größten Vollkommenheit und Intensität entwickelte Produktion, das Ende des Kapitalismus und damit die Verwirklichung der sozialistischen Ideale bringen kann. Die Arbeiter wissen aber auch, daß die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von einer Steigerung der Produktion abhängig ist, ohne daß diese Steigerung Arbeiter überflüssig zu machen braucht, ja das Gegenteil herbeiführen kann. Diese Auffassung wird durch die Erfindungen der letzten Jahrzehnte bestätigt.

Wissenschaft und Technik hatten in dieser Zeit ungeheure Erfolge aufzuweisen. Das zeigt besonders deutlich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland vor dem Kriege. In der Zeit von 1882 bis 1914 steigerte sich die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen von 9,8 auf 78,0 Millionen Pferdekraft. Desgleichen stieg von 1895 bis 1907 die Zahl der Motorenbetriebe von 139 700 auf 233 400, die Leistungsfähigkeit der Motoren von 3,8 auf 8,0 Millionen PS, denen sich noch elektrische Motoren mit 1,3 Millionen Kilowatt zugesellen. Trotz dieser gewaltigen Entwicklung der Produktivkräfte und Steigerung der Produktion nahm die Zahl der Arbeiter keineswegs ab, sondern wuchs von 1882 bis 1914 von 5,9 auf 10,3 Millionen. Die Auswanderung ging in der gleichen Zeit im Jahresdurchschnitt von 134 242 auf 19 720 zurück. Industrie und Landwirtschaft vermochten ihren Arbeiterbedarf nicht zu decken, so daß noch nahezu 1 Million ausländische Arbeitskräfte Verwendung finden konnten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der angeblichen Verdrängung gelernter Arbeitskräfte durch Maschinen und Massenproduktion. Wichtig ist, daß auf den Gebieten, wo sie die individuelle, handwerksmäßige Produktion ersetzen, gelernte wie ungelernete Arbeitskräfte überflüssig werden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei meist nur um Umschichtungen und Verschiebungen, die unvermeidlich sind. Eine Abnahme der gelernten Arbeiter tritt in der Regel nicht ein, denn die der Massenproduktion dienenden Maschinen erfordern für ihre Herstellung und Instandhaltung ebenfalls gelernte Arbeitskräfte. Ferner ruft jede Massenerzeugung zahlreiche vorher nicht vorhandene Bedürfnisse hervor, die zum großen Teil wiederum gelernte Arbeiter notwendig machen. Welche Befürchtungen wurden zum Beispiel durch die Erfindung der Sehmashine, der Bildhauerbohrmaschine, der Autotypie, der automatischen Maschinen in einer Reihe von Industrien usw. ausgelöst. Sie blieben gegenstandslos; die Nachfrage nach gelernten Arbeitern ist heute stärker als je. Das beweist, daß man sich vor einer oberflächlichen Beurteilung, die einzelne Vorgänge ohne weiteres verallgemeinern, hüten muß, wenn Irrtümer vermieden werden sollen. Das Produktionsproblem kann nur im Zusammenhange mit dem Absatzproblem richtig beurteilt werden. Selbstverständlich dürfen die Arbeiter der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie müssen die sich hier abspielenden Vorgänge sehr aufmerksam verfolgen und allen sich daraus ergebenden Schädigungen sofort und nachdrücklich entgegenreten. Das können sie nur durch schärfste gewerkschaftliche Organisation, deren Bedeutung mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung fortgesetzt zunimmt.

Genossenschaftliches Versicherungswesen — genossenschaftliches Betriebskapital.

Die Entwicklung der Wirtschaft, das heißt bestimmter Wirtschaftsformen geht nicht in sprunghafter Weise vor sich. Sie „entwikkelt“ sich, indem sie ihre Form ändert. Ähnlich; aus sich selbst heraus. Ein anschauliches Beispiel hierfür bildet das Genossenschaftswesen. Aus kleinen Anfängen heraus entwickelt sich diese Wirtschaftsform; aus einem Konsumverein der Welt (Rochdale) mit 28 Mitgliedern („die armen Weber“) entstehen 20 000 mit etwa 40 Millionen Mitgliedern, das heißt Familien. Man kaufte für einige Hundert Mark Waren ein und verteilte sie; man verteilte heute für Milliarden Mark Waren nicht nur, sondern man produziert schon in Milliarden. Es ist — sozialisierte Wirtschaft, weil das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr Privateigentum ist.

Andere Formen der Privatwirtschaft werden von der Genossenschaftsbewegung ergriffen. Das Versicherungswesen. Da ist die von den deutschen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründete Volksfürsorge in Hamburg. Was sie im Jahre 1924 im Vergleich zu ihrem besten Stande im Jahre 1914 leistet und welchen bedeutenden Einfluß dieses genossenschaftliche Versicherungswesen auf die künftige Entwicklung der Konsumgenossenschaften ausüben wird, ergibt sich aus folgenden Tatsachen und Ermögungen.

Die Zahl der Aktionäre der Volksfürsorge — also: Gewerkschaften und Genossenschaften! — betrug im Jahre 1924: 190 (1914: 58), die Zahl der Policen, das heißt der abgeschlossenen Versicherungen 416 320 (168 469), die Versicherungssumme 110 857 000 M. (25 615 000 M.), die Prämienentnahme 5 361 021 M. (2 305 000 M.), die Leistungen an die Versicherten 628 000 M. (17 000 M.), der Grundbesitz 503 000 M. (0,0 M.), das Aktienkapital 500 000 M. (1 000 000 M.), die Prämienreserve 3 901 000 M. (1 436 000 M.). Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß gemäß dem Gesellschaftsstatut keine Dividende an die Aktionäre und keine in die Hunderttausenden von Mark gehende sogenannten Lantien an Vorstand und Aufsichtsrat verteilt werden, sondern nur das eingelegte Kapital mit 5 % verzinst wird.

Die Ueberschüsse kommen restlos dem Unternehmen und dem Versicherten zugute, genau wie in der Konsumgenossenschaft. Beispielsweise wird für das Jahr 1924 eine „Dividende“ von 20 % auf die Prämien „verteilt“, das heißt den Versicherten gutgeschrieben. Denn die Volksfürsorge ist ein sozialwirtschaftliches Unternehmen im besten Sinne dieses Wortes, da ihre Träger Gewerkschaften und Genossenschaften sind und ihre Grundzüge — gemeinwirtschaftlich.

Aus dieser „Wurzel“ entwickelt sich nun ein bedeutender finanzwirtschaftlicher Faktor für die — Konsumgenossenschaften. Die Gelder der Volksfürsorge werden nämlich nicht in die kapitalistische Finanzwirtschaft übergeleitet, um in Banken, Industrien und Handel durch Ausbeutung der Arbeits- und Konsumkraft der Massen neuen Kapitalprofit zu schaffen, sondern sie gehen sachungsmäßig an Konsum- und Baugenossenschaften, um der neuen Wirtschaftsform zu dienen; um deren Entwicklung zu beschleunigen; um dem Mangel an Betriebskapital abzuwehren. So haben beispielsweise die Konsumvereine im Jahre 1924 von der Volksfürsorge rund 5 000 000 M. hypothekarisch gesicherte Darlehen zu mäßigem Zinsfuß erhalten, trotzdem auch die Volksfürsorge im Jahre 1923 durch die Geldentwertung ihre sämtlichen in flüssigen Werten, Darlehen, Wertpapieren bestehenden Mittel verloren hatte.

So arbeiten die genossenschaftlichen Versicherungsgeber der Volksfürsorge durch die produktive Verwendung in den Konsum- und Baugenossenschaften der kapitalistischen Privatwirtschaft direkt entgegen. Der finanz- und sozialwirtschaftliche Kreislauf des genossenschaftlichen Versicherungskapitals ist — antikapitalistisch in der Wurzel. Und es ist leicht einzusehen, daß dem außerordentlichen Wachstum der Zahl der Versicherten aus den Massen der Gewerkschaften und Genossenschaften auch das des genossenschaftlichen Versicherungskapitals entsprechen, das heißt von den Millionen in die Milliarden wachsen wird.

Dies bedeutet, daß die Konsum- und baugenossenschaftlichen Unternehmungen in absehbarer Zeit unabhängig vom Bank-, Industrie- und Handelskapital und all ihren Unternehmungen werden müssen; daß das Zeitmaß der Entwicklung konsumgenossenschaftlicher Gütererzeugung durch Erziehung oder den Ankauf moderner Fabrikanlagen für Maschinenproduktion geringer wird. Der Anteil der genossenschaftlichen Gütererzeugung und -verteilung steigt progressiv, weil sich in gleichem Maße die kapitalistische Produktion verringert. Oder diese muß sich, sofern sie kann, den Leistungen der genossenschaftlichen anpassen, durch die sie praktisch „kontrolliert“ wird.

So erfüllt die genossenschaftliche Versicherung der Volksfürsorge einen Doppelschwed: sie ist soziales Versicherungsunternehmen im Dienste der breiten Masse und zugleich Finanzreserve der größten Stiles für die Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen jeglicher Art.

Man sieht: eine im Werden begriffene neue Wirtschaftsform zieht ihre Kräfte aus sich selbst und verändert die alte. Ihr wachsen ungeahnte Kräfte zu, und eine dieser Kräfte ist die Gewerkschaftlich-genossenschaftliche — Volksfürsorge. Mit einem ausgezeichneten Doppelcharakter: Soziale Volkswirtschaft.

In den Kreis dieser Betrachtungen gehört auch die Gewerkschaftsbank der Gewerkschaften in Berlin, die zwar noch in den Kinderschuhen der Entwicklung steht, aber im Zeitraum von vielleicht 10 Jahren eine ebenso bedeutende Finanzreserve für die Konsumgenossenschaftliche Bewegung abgibt wie die Volksfürsorge. Und die Finanzkräfte der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung selbst werden im nächsten Jahrzehnt wieder in starkem Ausmaße sich entwickeln, neues Betriebs- und Wirtschaftskapital produzierend.

Im drei Seiten her wachsen also der neuen Wirtschaftsform die gesellschaftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte mit gleichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundzügen zu — sollte es nicht für die namenlosen Millionen der „breiten Masse“ eine Lust sein, aktiv mitzuwirken bei der praktischen Verwirklichung der Idee des Sozialismus?!

Vormwärts! An die Arbeit!

-ff.

Aus unserm Beruf.

Vindicta I. Th. Bei allen Lohnverhandlungen wird uns immer und immer wieder von den Meistern vorgehalten, da und dort habe ein Gehilfe die Arbeit nicht richtig gemacht, die Leute hätten kein Interesse an der Arbeit und nur mangelhaft gelernt. Sobald aber von Gehilfenfeste bei den Gehilfenprüfungen die Sache mal etwas schief angefaßt wird, dann setzen es die Herren Meister nicht gern, wenn unsere Kollegen da oder dort Beanstandungen zu machen haben. So erging es auch unsern Kollegen in Rühlhausen. Der dortige Obermeister hat die Kollegen, die zum Prüfungsausschuß bei den Gehilfenprüfungen mit herangezogen waren, einfach übergangen, und nachdem gegen dieses Verfahren Beschwerde erhoben wurde, da hätte die Obermeisterfeste. Um seinen Fehler zu verdecken, war er der Meinung, daß, wenn man mit dem „Zug der Zeit“ gehe, man bei den Behörden etwas besser vorkomme, wenn man auch sein politisches Glaubensbekenntnis abgebe. So schrieb er als Schlußsatz seiner Empfehlung an die Handwerkskammer Erfurt:

„Zuletzt gebe ich meiner Hoffnung noch darin Ausdruck, daß durch die Neuwahl des Herrn Reichspräsidenten eine neue deutsche eigene Hand entsteht, die unserm Handwerk die alten Gerechtigkeiten wiedergibt, damit die Behörden nicht mit derartigen schmutzigen Briefen belästigt werden.“

Wir sind allerdings der Meinung, daß dieser Obermeister nicht nur ein sehr launischer Herr ist, sondern auch die Gewerkschaften kennt und nur das jammert, was nicht dem Gehilfen entspricht. Also, Herr Obermeister, halten Sie sich auch an das, was Ihre Pflicht ist. Unsere Kollegen können Sie jetzt zur Genüge, und wenn Sie wieder von irgendwelchen Behörden überlaufen, dann werden wir den Anwalt herbeiführen. Wir sind der Meinung, daß gerade der Obermeister von Rühlhausen alle

Ursache hätte, sich derartiger Schreibweise zu enthalten, denn sonst könnte man ihm noch weitere Eingaben machen, die beweisen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt.

Schwerin. Am 20. Juni konnte unsere Filiale auf ein siebenunddreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Trotz der etwas kalten Bitterung waren die Kollegen recht zahlreich zur Feier erschienen. Eröffnet wurde das Fest mit einer Motorbootfahrt um 2 1/2 Uhr nachmittags nach dem am andern Ende des Schweriner Sees gelegenen Ausflugsort „Fähre“, wo eine gemeinsame Kaffeetafel stattfand. Bald entfaltete sich ein reges Treiben, das Alt und Jung zusammenhielt. Die Festrede hielt unser langjähriges Mitglied Kollege N. Preßentin. Er wies auf die Entwicklungsperiode, die Erfolge unseres Verbandes und die vielen Kämpfe hin, die in diesen Jahren geführt werden mußten. Zum Schluß forderte er alle Kollegen zu reger Mitarbeit auf, um unsern Verband zu stärken und vorwärtszubringen. Des weiteren gedachte er auch unserer beiden Jubilare: Kollege R. Müller mit einer dreißigjährigen und Kollege E. Glöckner mit einer siebenundzwanzigjährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft. Mit einem Hoch auf unsern Verband wurde die mit Beifall aufgenommene Rede beendet. Das schön verlaufene Fest wird unsern Kollegen, Freunden und Gönnern unseres Verbandes, die daran teilgenommen haben, noch lange in Erinnerung bleiben.

Gewerkschaftliches.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1924. Der Mitgliederstand der österreichischen Gewerkschaften ist im Jahre 1924 zurückgegangen. Er hat um 68 675 abgenommen und betrug Ende 1923 898 763 Mitglieder in 47 Verbänden und 8 Lokalvereinen mit 8872 Ortsgruppen, während er zu Ende 1924 828 080 in 46 Verbänden und 4 Lokalvereinen mit 8119 Ortsgruppen zählte. Dieses bedeutet eine Verminderung um 7,95 %. Von 58 Organisationen hatten 21 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, während 37 Organisationen im Mitgliederbestand abgenommen haben. Die Ursachen dieser Erscheinung werden auf das zusammengebrochene Wirtschaftsleben der Republik zurückgeführt und die industrielle Mindertätigkeit und die Sanierungsmaßnahmen der Regierung dafür verantwortlich gemacht. Als Beweis wird auf die große Arbeitslosigkeit hingewiesen, die zu Ende des Jahres 1924 in einem Staat von 6,5 Millionen Einwohnern 188 771 gemeldete Beschäftigungslose verzeichnete. Von 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 76,94 Männer und 23,06 Frauen. Von 100 Mitgliedern waren 63,11 in Arbeiter- und 31,89 in Angestelltengewerkschaften. 53,58 % der Gesamtmitgliederzahl befanden sich in Wien, der Rest in den Provinzen.

Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften Oesterreichs betragen 14 936 214 Schillings. Diese Summe bedeutet trotz Wirtschaftskrise und Mitgliederabgang eine Steigerung der Einnahmen und mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahre. Rund 70 % der Einnahmen wurden ausgegeben. Unter den Ausgaben nehmen jene Summen, die der Unterstützung Arbeitsloser gewidmet waren, den größten Raum ein. 15,76 % der Ausgaben an Unterstützungen entfielen auf Arbeitslose. Die Unterstützung an Streikende wird im österreichischen Gesamtbericht nicht ausgewiesen. Die für Unterstützung geleisteten Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegen. Aber auch die Massenbestände in den freien Gewerkschaften Oesterreichs sind stärker geworden. Betrag der Vermögensstand, nach der Kopfquote errechnet, noch im Jahre 1923 40 888 Kr., so hat er zu Ende des Jahres 1924 bereits 98 302 Kr., also mehr als eine Verdoppelung erreicht. Trotzdem bleibt das Vermögen der Gewerkschaften noch sehr hinter dem der Volkswirtschaft zurück. Der Gesamtvermögensstand der österreichischen Gewerkschaften macht Ende 1924 8 147 739 Schillings aus.

Die Fachpresse hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Sie erschien im Berichtsjahr in einer Auflage von 903 250 Exemplaren. Von den 54 Fachblättern der österreichischen Gewerkschaften werden 4 wöchentlich, 6 bierzehntägig, 18 zweimal monatlich, 21 einmal monatlich und 5 in längeren Zeitperioden herausgegeben.

Arbeiterversicherung.

Ueber den Ausbau der Angestelltenversicherung ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen. Der Entwurf bringt in der Hauptsache einen neuen Leistungs- und Beitragstarif. Er erhöht den Grundbeitrag von 360 auf 480 M., den Sinderzuschuß von 36 auf 90 M. und den Hunderttag für die Leistungsbeiträge aus dem seit dem 1. Januar geleisteten Beitrage von 10 auf 16 M. Als Ausgleich wird eine Erhöhung der Beiträge vorgeschlagen. Es werden für die Zukunft 6 Gehaltsklassen geschaffen. In der Klasse A bis 50 M. soll der Monatsbeitrag 2 M., in der Klasse B bis 100 M. 4 M., in der Klasse C bis 200 M. 8 M., in der Klasse D bis 300 M. 12 M., in der Klasse E bis 400 M. 16 M. und in der Klasse F bei einem Gehalt von 400 M. bis 20 M. betragen. Außerdem werden neue Klassen G und H für freiwillige Weiterversicherung geschaffen, in denen der Monatsbeitrag 25 beziehungsweise 30 M. beträgt.

Vom Ausland.

Schweiz. Die Malerbewegungen sind noch nicht überall abgeschlossen, und so ersuchen wir die Kollegen, die in die Schweiz kommen wollen, die folgenden Orte zu meiden: In Basel wurde vor dem Einigungsamt verhandelt: ein annehmbares Resultat steht nicht in Aussicht; es ist eine ernstere Bewegung zu erwarten. In Schaffhausen und Luzern weigern sich die Unternehmer, mit der Organisation zu verhandeln. In Davos wurden Lohnforderungen gestellt. Die Polizei droht bereits mit Ausweisungen. Auch in St. Gallen

wollen die Meister keine Lohnerbhöhung gewähren. In den letzten 4 Orten sind die Stundenlöhne 30 bis 40 % niedriger als in grossen Städten, obschon bei diesen Fremdenorten teure Lebensverhältnisse herrschen. Bau- und Holzarbeiterverb.

Verschiedenes.

Der Volkstreibern C. S. setzt sich zusammen aus gehörigen aller Schichten. Er schließt jede religiöse politische Betätigung streng aus. Nach § 3 der Satzung strebt er danach, durch Belehrung über Zweck Reisen, durch Aufstellung von Reiseplänen, durch Schaffung billiger Fahr-, Unterkunfts- und Scholungslösungen, sowie insbesondere durch Schaffung einer geldparceinrichtung beim Bundes-, minderbemittelten (Angestellten, Arbeitern, Beamten, Angehörigen der Berufe, des Handwerks, des Mittelstandes) das Reich Deutschland und im Auslande zum Zweck der Belehrung und des persönlichen Kennenlernens Land und Leute zu ermöglichen oder zu erleichtern alle Einrichtungen zu schaffen, die zur Förderung Zweckes dienlich erscheinen. (Gemeinnütziges Unternehm.) Er vermittelt billige Erholungsreisen in der Schweiz, in Tirol und im Jura veranstaltet in diesem Sommer Wochenendreisen, Fahrten, Gesellschaftsfahrten nach Dresden und in die schen Schweiz und dem Harz zu mäßigen Preisen. Die Geschäftsstelle, Berlin SW 46, Wilhelmstr. 140, Jernsprecher Zentrum 1401, versendet auf Wunsch frei Bundeszeitchrift und Drucksachen.

Bermilderung oder Humanisierung des Klassenkampfes? Die Wirkung des Klassenkampfes, der den Armen gegen die Reichen, ist eine uralte Erscheinung sozialen Lebens. Ueber die Wandlungen der Psychologie des Klassenkampfes macht Professor A. in der „Sozialen Praxis“ manche feine Bemerkungen. Neid und Mißgunst ist an den feindlichen Empfindungen der armen Leute immer beteiligt gewesen. In der aber sind jene häßlichen Empfindungen bezeichnend weniger Reichen gegen die Reichen. Bei den Armen besonders die Empörung über den Luxus, die Scham und die Verschwendung eine große Rolle. Diese Empörung kommt schon im Evangelium zum Ausdruck und bleibt ein Erbteil der am christlichen Glauben stehenden Bevölkerung. In der Reformationszeit richtete sich gegen die Heppigkeit des Adels. Die Enttäuschung trifft oft die Herkunft der Reichen und die Art der Vererbung ihrer Vermögen. In früheren Zeiten ist die Abergläubigkeit, in jüngeren mehr die Apathie, was aufreizend wirkt. Manchmal mehr Neugier oder Rücksichtslosigkeit des Erwerbes die Ursache. Kaum jemals ist mit so viel Leidenschaft gegen modernen Kapitalismus gereizt worden, wie es Martin Luther gegen die Kaufleute und die „Hansen“ geschah. In unsern Zeiten hat sich das Bild des Besitzes überhaupt vermindert. Zu den alten Reichen des fremden, des neuen Reichthums und des Wohlstandes ist erst im 19. Jahrhundert der Klassenkampf des Proletariats gegen das Kapital hinzugekommen. moderne Klassenkampf ist weniger persönlich als es älteren Arten des Unwillens der unteren Schichten ist. Er hat mehr einen theoretischen und doktrinenartigen oder ethischen Charakter. Die theoretische Erkenntnis des Klassenkampfes führt nicht zur Vermilderung, sondern zur Humanisierung des Klassenkampfes dadurch, sie diesem die persönliche Spitze nimmt.

Vom 12. bis 18. Juli ist die 29. Beitragswochenende.

Literarisches.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeiter und Land. Verlag J. G. W. Dietz, Nachf. G. m. b. H. SW 68. Die vierteljährig ausgestellte, trefflich geleitete Schrift ist am 1. und 15. jedes Monats und kann durch die Post und durch den Briefkasten bezogen werden. Der Preis für Deutschland beträgt monatlich nur 20 Pf. Die beiden vorletzten Hefen bringen beachtenswertes Material über „Betriebe und über „Grundstücksfonds“.

Sterbetafel.

Berlin. Am 26. Juni starb der Kollege Otto Schlegel, geb. 10. Juli 1859 in Landsberg a. d. W. — Am 28. Juni starb der Kollege Karl Krause, geb. 17. September 1857 in Stettin.
Dresden. Am 6. Juli verstarb unser alter Kollege, Schildermaler Gustav Sahn, im Alter von 55 Jahren infolge Herzschlages.
Ehre ihrem Andenken!

Zünftig. Metallactiere.

zum Lactieren von Metall- und Eisenbändern in jeder beliebigen Stellung gesucht. Wegen Wohnungsmangel Unverheirateter bevorzugt. Zuschriften erbeten unter Nr. 10 an die Expedition dieses Blattes.

Badische Landes-Malerschule, Karlsruhe (Baden)

Kursbeginn 1. Oktober 1925.
Kursdauer 5 Monate.

Schluß der Anmeldungen 15. September. Auskunft an die Direktion.